

## Resolution über den Frieden in Europa

**Verabschiedet von 36 Studenten, die am europäischen Studierendentreffen am 30. November 2016 in Freiburg (CH) teilgenommen haben und aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen, Spanien und aus der Schweiz stammen.**

Wir, die Studierenden,

*sind uns bewusst*, dass die Mehrheit der heutigen Generation keinen Krieg erlebt hat, weshalb das historische Bewusstsein der Geißel des Krieges verloren gegangen ist und die Notwendigkeit von Einheit und Frieden in Europa in Vergessenheit zu geraten droht. Es mangelt an Verständnis, dass Frieden ein Ideal ist, das hochgehalten werden sollte.

*Wir erkennen* die Gefahr durch wachsenden Populismus und Nationalismus als globale, nicht nur in europäischen Staaten vorhandene Tendenz an. Wir sehen diese als Konsequenz der Passivität bzw. Handlungsunfähigkeit nationaler wie internationaler politischer Institutionen an, Lösungen auf die Herausforderungen der Globalisierung in einem angemessenen Zeitrahmen zu finden.

*Wir berücksichtigen* die fortdauernden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die zwischen und innerhalb der europäischen Staaten zu Ungleichheiten und sozialer Ungerechtigkeit geführt haben und sind uns bewusst, dass dieses neue Verständnis von Gewalt nicht nur physische, sondern auch systemische und soziale Komponenten enthält.

*Wir stellen mit Bedauern fest*, dass ein Mangel an Kooperation und Solidarität auch zwischen einigen europäischen Staaten herrscht, internationale Herausforderungen anzugehen.

*Wir sind uns vollkommen bewusst* über die Terrorismusgefahr und die Notwendigkeit einer verbesserten nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit.

*Wir bedenken*, dass alle oben genannten Faktoren den Frieden in Europa herausfordern und die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie wie auch jede andere Form der Diskriminierung und Intoleranz fördern.

*Wir erkennen an*, dass zwischenstaatliche und supranationale Kooperationen, insbesondere politische und ökonomische Verflechtungen, in den letzten Jahrzehnten zur Wahrung des Friedens in Europa beigetragen haben.

*Wir bestätigen*, dass Toleranz und Respekt für Menschenrechte der beste Weg ist, Frieden zu halten, und *berücksichtigen*, dass diese nicht kompromittiert werden dürfen, um selbige zu erreichen.

*Wir beachten* die in der Charta der Vereinten Nationen und der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates festgelegten Prinzipien und betonen insbesondere, die Notwendigkeit aktiven Handelns, um Bedrohungen gegen den Frieden, Brüche des Friedens und Angriffshandlungen entgegenzuwirken.

*Wir sind der Überzeugung*, dass Bildung ein wichtiger Bestandteil der Friedenswahrung ist; genauso wie der Erfolg von Austauschprogrammen, um gemeinsame Werte aufzubauen und teilen zu können.

*Wir unterstreichen*, dass unsere gemeinsamen moralischen Werte Toleranz und Respekt beinhalten und zwar gegenüber den Menschen aller Regionen und Länder in Bezug auf Herkunft, Religion, Sprache, Kultur, Bildung, Geschlecht, sexueller Orientierung und bezüglich jeglicher anderer möglicher Unterschiede.

*Wir bekräftigen*, dass die Verbesserung der sozialen, gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen wie auch die Bildung aller Grundvoraussetzungen für das Bewusstsein und den Erhalt des Friedens sind.

*Wir weisen darauf hin*, dass Frieden, auch in der Europäischen Union, jederzeit verletzt werden kann und dass die Idee eines Ewigen Friedens Bürger europäischer Staaten dazu verleiten könnte, Frieden für selbstverständlich zu halten.

*Wir haben* im Rahmen dieses Treffens Personenfreizügigkeit, Respekt und Toleranz erlebt, Ideen miteinander geteilt genauso wie zusammen reflektiert:

1. *Wir laden daher ein*, ein weitgefasstes Friedensverständnis durch Erklären seiner Bedeutung und zeitgebundenen Interpretation, mittels öffentlicher Debatten und andauerndem Dialog zu fördern.
2. *Wir weisen* auf die Förderung von Bildungsprogrammen *hin*, die gegenseitiges Verständnis und Toleranz stärken.
3. *Wir unterstreichen* die Wichtigkeit von Austauschprogrammen zwischen Studierenden und Nicht-Studierenden.
4. *Wir rufen dazu auf*, Solidarität zu stärken und gegen Ungleichheiten durch Sicherstellung einer besseren Verteilung des Wohlstands anzugehen.
5. *Wir fordern* die aktive Unterstützung sozialer Integration, um die Stellung von Minderheiten in der Gesellschaft zu verteidigen.
6. *Wir verweisen* auf die Unerlässlichkeit des Umweltschutzes mittels bindender Vereinbarungen *hin*, welche der Zerstörung unseres Ökosystems nachhaltig entgegenwirken, um daraus resultierende, potenzielle Konflikte zu verhindern.
7. *Wir fordern dazu auf*, die Achtung der Menschenrechte durch intensive Verteidigung der Pressefreiheit und Verurteilung der Zensur zu gewährleisten.
8. *Wir verlangen*, mittels besserer Zusammenarbeit die europäische Sicherheit zu erhöhen, um wirksamer auf Terrorismus und andere Bedrohungen des Friedens reagieren zu können.
9. *Wir empfehlen*, die Staaten zu verpflichten, in keiner Weise direkt oder indirekt Konflikte, deren finanzielle oder materielle Grundlagen zu fördern. Insbesondere ist der Status der Neutralität in den betroffenen Staaten klar und transparent zu definieren.